

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 05.05.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadtmuseum  
"Christian Wolff Haus"  
Große Märkerstraße 10  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 18:50 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Schachtschneider, Andreas  
Wießner, Heike  
Haupt, Ute  
Trömel, René  
Haupt, Hanna  
Hopfgarten, Klaus  
Hackel, Ilona  
Kluge, Hendrik Dr.  
Messerschmidt, Carola  
Pohl, Anja  
Wiebach, Carmen  
Raab, Katja  
Stark, Regine Dr.  
Paulsen, Oliver  
Berger, Ralf KR  
Bognitz, Torsten  
Dölle, Leonhard  
Gellert, Beate  
Klotsch, Antje  
Kramer, Uwe  
Leonhard, Renate  
Manser, Anna-Maria  
Rarrasch, Peggy  
Brederlow, Katharina

bis 17.30 Uhr anwesend  
i.V. von Frau Wolff anwesend  
für Frau Dr. Brock anwesend

in Vertretung von Frau Schubert

**Entschuldigt fehlen:**

Wolff, Sabine  
Brock, Inés Dr.  
Glomski, Bruno Richter  
Pieloth, Philipp  
Privorozki, Max  
Schubert, Helga  
Kogge, Tobias  
Schneutzer, Petra  
Wildner, Susanne

entschuldigt, Vertreterin Frau Dr. Stark anwesend  
entschuldigt, Vertreter Herr Paulsen anwesend  
entschuldigt  
entschuldigt

entschuldigt, Vertreterin Frau Manser anwesend  
entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Fortschreibung der Jugendhilfeplanung § 11-13,14,16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09580  
**Von der TO abgesetzt**
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht zur Entwicklung im Bereich KITA und HzE
- 8.2. Mitteilung der Verwaltung zur Fortschreibung Jugendhilfeplanung gemäß §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII
- 9. Themenspeicher
- 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 11. Anregungen

## **zu Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Da keine Kinder und Jugendlichen gekommen waren, wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Hanna Haupt** sprach zur TO an, dass der TOP 5.1 von der TO abgesetzt wird. Hierzu liegt noch keine bestätigte Beschlussvorlage vor, so dass heute die am 28.4. gehaltene Berichterstattung ausgelegt wurde. Die Vorlage wird, sobald die Bestätigung durch die Beigeordnetenkonferenz hierfür da ist, im Juni behandelt. Heute deshalb neu auf der TO unter TOP 8.2. die Mitteilung der Verwaltung zur Fortschreibung der Jugendhilfeplanung.

**Der veränderten Tagesordnung wurde zugestimmt.**

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen bestätigt.

## **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es gab in der nichtöffentlichen Sitzung am 28.4.11 keine Beschlüsse.

## **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

### **zu 5.1 Fortschreibung der Jugendhilfeplanung § 11-13,14,16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/09580**

---

Dieser TOP wurde von der Tagesordnung **abgesetzt**.

## zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

Es lagen keine Anträge vor.

## zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

## zu 8 Mitteilungen

---

**Frau Brederlow teilte mit**, dass seit dem 01. Mai 2011 der Kinder- und Jugendbeauftragte, Herr Mirko Petrick, tätig ist. Herr Petrick ist vielen Mitgliedern bisher als Streetworker bekannt. Seine Einarbeitung läuft im Mai und ab dem JHA 09. Juni 2011 ist er auch als Beratendes Mitglied im JHA vertreten, laut Satzung des Amtes. Er wird sich dann hier am 09. Juni offiziell vorstellen. Herr Petrick übernimmt auch die Aufgabe der Familienverträglichkeitsprüfung. Hier wird geprüft, wie aktuell diese nach 5 Jahren der Praxisanwendung noch ist, ggf. wird es Änderungen geben. Er arbeitet sich auch in viele andere Aufgaben, bspw. der Spielplatzfragen, ein.

**Frau Brederlow teilte mit**, dass in letzter Zeit wieder sehr viele Einladungen von Trägern an das Jugendamt kommen. Sie geht davon aus, dass die Träger untereinander sich zu ihren Veranstaltungen auch informieren. Aktuell liegt eine Einladung vom Lebensbaum e.V. vor, welcher zu einem Tag der offenen Tür eingeladen hat.

**Frau Brederlow teilte weiterhin mit**, dass am 29. Mai das Amt für Kinder, Jugend und Familie einen „Tag der offenen Tür“ hat. Dieser ist im Rahmen des Paulusfestes mit integriert. Es wird der „Familiengarten“ eröffnet, welcher als Spielplatz im Stadtviertel dienen soll. Hier gab es einen Antrag im Stadtrat, welcher sich mit dieser Eröffnung bereits erledigt hat.

### zu 8.1 Bericht zur Entwicklung im Bereich KITA und HzE

---

**Frau Brederlow teilte mit**, dass heute aktuelle Belegungszahlen und Zahlungsvorgänge I. Quartal 2011 im Bereich KITA thematisiert werden. Zur monatlichen Auszahlung an KITA-Träger verwies sie darauf, dass der von Frau Wolff im letzten Stadtrat angesprochene Träger, welcher keine Mittel erhalten haben soll, seine Unterlagen hier zu spät an die Verwaltung gereicht hatte.

**Frau Schöps präsentierte** zuerst die Entwicklung im HzE-Bereich. Hier wird nach familienunterstützenden, -ergänzenden und -ersetzenden Hilfen unterschieden. Die Darstellung der Hilfen wird ab 2011 anders als bisher sein, da die Unterteilung, wie jetzt angesprochen, erfolgt. Die Fallzahlen von Dezember – März liegen bei 1.316 Hilfen, ein weiterer Anstieg ist da. Die Auszahlung der finanziellen Mittel erfolgt, wie bereits bekannt, im Abrechnungszeitraum Dezember – November. Von Dezember 2010 – Februar 2011 beläuft sich die Auszahlungssumme auf insgesamt 7.228.000 €.

**Anfrage Herr Kramer**, ob es Zahlen gibt, welche die Situation zu § 41 Hilfen für junge Volljährige darstellen.

**Frau Schöps antwortete**, dass es sich hierbei um 80-82 Fälle handelt, davon sind ca. 25 im stationären Bereich untergebracht. Dies kann im nächsten Quartalsbericht ausführlicher dargestellt werden.

**Anfrage von Herrn Schachtschneider**, ob familienunterstützende Hilfen auf eine Dauer ausgerichtet sind?

**Frau Schöps antwortete**, dass hier die Dauer nicht festgelegt werden kann.

**Anfrage von Herrn Schachtschneider**, zu Zahlen bei den familienergänzenden und – unterstützenden Hilfen. Dauer ?

**Frau Schöps antwortete**, dass familienergänzende Hilfen meistens greifen, wenn die Kinder im stationären Bereich sind. Im Schnitt sind ambulant ½ - 2 Jahre bei den familienunterstützenden Hilfen anzusehen.

**Herr Trömel fragte an**, ob der Monat Februar im Zahlenmaterial bereits komplett dargestellt vorliegt?

**Frau Schöps antwortete**, dass der Februar noch nicht mit allen Auszahlungen hier drin ist.

**Frau Ute Haupt** bat darum, dass der Bericht der Niederschrift angehängt wird.

**Die Verwaltung** sagte dies zu.

**Frau Schöps präsentierte** die Auswertung zur Entwicklung KITA im I. Quartal 2011. Bei den Krippen ist hier die Ist-Belegung fast analog der Planung. Die Kindergärten liegen leicht unter dem Ist-Betrag. Auf Grund der Geburtenentwicklung sieht es in dem Bereich mit Plätzen schwierig aus. Die Hortbedarfe sind sehr gestiegen. In 14 Tagen werden die Träger von Horten und Schulen mit dem Jugendamt und der Sozialplanung Gespräche wegen der Kapazitäten führen und es wird versucht, Lösungen zu finden. Es gibt keine Ressource mehr bei Schule und Hort. Im Herbst soll hierzu die Entwicklung angesehen werden.

Frau Schöps stellte die Zahlungsströme bei KITA freie Träger und Kita Eigenbetrieb dar. Gesamt belaufen sich die Kosten für das I. Quartal 2011 bei den freien Trägern KITA auf 8.658, 994 € und beim EB Kita auf 6.746,633 €.

**Anfrage Herr Schachtschneider**, ob eine Grenze bei der Erteilung von Betriebserlaubnissen erreicht ist?

**Frau Schöps antwortete**, dass die Betriebserlaubnisse ausgeschöpft sind. Dort wo Ressourcen bestehen auf 10% aufzustocken, wird dies gemacht. Bezüglich der Horte muss es künftig zu einer Doppelnutzung der Räume Schule und Hort kommen. Hier müssen Konzepte angefasst werden. Auch für den Förderunterricht können Räume doppelt genutzt werden. Die Verwaltung ist an dem Thema dran, um zu Lösungen zu kommen.

**Frau Gellert sprach an**, dass bei der zu erwartenden Grundschulgesetzänderung im Sommer noch mehr Kinder als bisher an die Grundschule gehen können. Wie erfolgt hierzu die Planung?

**Frau Schöps antwortete**, dass die Verwaltung hier auf konkrete Aussagen durch das Ministerium gehofft hatte, was aber bisher nicht erfolgte. Erstklässler, die Förderbedarf haben, sollen erst mal in Grundschule kommen. In Halle sind 56 Kinder mit Förderbedarf angemeldet worden, diese steigen erst in Grundschule ein.

**Frau Brederlow sprach an**, dass die steigenden Zahlen an Grundschulen auch damit zu tun haben, dass Kinder mit Förderbedarf dort eingeschult werden. Hierzu gibt es eine Abstimmung zwischen Jugendamt, Schulverwaltungsamt und der Sozialplanung. Ein Problem stellt sich dar, weil viele Eltern nicht wissen, dass sie ihr Kind für Schule und Hort extra anmelden müssen. Dadurch werden Hortbedarfe oftmals spät sichtbar. Hier soll gezielter über die Presse noch informiert werden. Insbesondere Schulen im Innenstadtbereich müssen für eine Doppelnutzung vorgesehen werden, um die Hortbedarfe abdecken zu können.

**Frau Pohl bot** der Verwaltung an, wenn diese eine Information bezüglich der gesonderten Hortanmeldung an die Elternvertreter geben möchte, kann die Information an den Stadtelternrat zur E-Mail-Verteilung gegeben werden.

**Frau Brederlow antwortete**, dass dies eigentlich Angelegenheit von Schule wäre, diese Information an die Eltern gleich bei der Anmeldung mit zu geben.

**Anfrage durch Herrn Dr. Kluge** ob KITA-Plätze durch Träger auch zurück gehalten werden?

**Frau Schöps antwortete**, dass die Platzproblematik allen Trägern bekannt ist. Es wird darauf geachtet, dass weniger Gastkinder aufgenommen werden, da erst die hallischen Kinder versorgt

werden müssen. Einen Krippenplatz zu erhalten, ist weniger ein Problem. Die Frage ist nur, wo kann dieser Platz erhalten werden, oftmals ist dieser nicht in direkter Wohnortnähe.

**Frau Hanna Haupt dankte** für die Berichterstattung.

## **zu 8.2 Mitteilung der Verwaltung zur Fortschreibung Jugendhilfeplanung gemäß §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII**

---

**Frau Hanna Haupt sprach an**, dass heute der Bericht aus JHA 28.4.11 an die Mitglieder ausgelegt worden ist, da die Beschlussvorlage noch nicht vorgelegt werden konnte.

In der Hoffnung, dass die Beigeordnetenkonferenz der Vorlage zustimmt, damit es im Juni dann zur Behandlung und zum Beschluss hier kommen kann.

**Frau Brederlow sprach an**, dass die Vorlage auf der TO der nächsten Beiko steht.

Da es diese Woche keine Beiko gab, hat sie entschieden, dass wenigstens der Bericht heute ausgelegt wird, damit sich die Mitglieder schon damit beschäftigen können. Sie bittet insbesondere darum, sich die Leistungsbeschreibungen anzuschauen und sich vorzubereiten. Spätestens im Juni muss der Beschluss gefasst werden.

**Frau Ute Haupt bat** darum, dass der Bericht auch elektronisch zugestellt wird, was die Verwaltung zusagte.

**Frau Gellert sprach an**, dass die freien Träger ein transparentes Verfahren benötigen.

**Frau Brederlow antwortete**, dass im Juni auch die Förderrichtlinie auf der TO steht .

Abschließend bat **auch Frau Hanna Haupt**, im Sinne einer herbeizuführenden Beschlussfassung im Juni, um eine Vorbereitung anhand des vorliegenden Berichtes mit seinen Leistungsbeschreibungen.

## **zu 9 Themenspeicher**

---

**Frau Hanna Haupt teilte mit**, dass der Themenspeicher heute für JHA Juni vorliegt.

**Herr Bognitz sprach an**, dass Frau Gellert und er im JHA Februar vorgeschlagen hatten, dass sich die JBBZ mit ihren Aufgabenfeldern im JHA vorstellen. Bisher stand dies so im Themenspeicher. Heute steht dies als Bericht hier drin, wie verhält sich das?

**Frau Brederlow antwortete**, dass dies als Auftrag nicht so aufgefasst worden ist. Die Verwaltung will im Juni ihrer Aufgabe nachkommen und die JBBZ hier im Bericht vorstellen.

Sie erinnerte daran, dass die Anregung von Frau Gellert und Herrn Bognitz resultierend mit den angesprochenen Personalstellenkürzungen im Bereich der JBBZ erfolgte.

Es gab keinen Beschluss dazu, dass die Vorstellung der JBBZ durch diese erfolgen soll.

**Herr Bognitz entgegnete**, dass seit März klar war, dass die JBBZ die Möglichkeit erhalten, sich hier selbst vorstellen zu können. Dies hat er auch seinem JBBZ so durchstellen lassen, damit sich diese zeitnah vorbereiten können.

**Herr Schachtschneider** unterstützte das Anliegen von Herrn Bognitz. Verwies jedoch darauf, dass die Vorstellung der JBBZ vor der heutigen Beschlussfassung im NÖ hätte erfolgen müssen, dann hätte dies den Sinn ergeben, der beabsichtigt war.

**Frau Gellert verweist** auf die Gleichbehandlung aller Träger. Die Familienberatungszentren durften sich auch im JHA vorstellen, legitim, dass dies auch die JBBZ selbst tun dürfen.

**Frau Brederlow antwortete**, dass die Verwaltung zu den JBBZ im nichtöffentlichen Teil Stellung nehmen wird. In der Vergangenheit gab es von Trägern organisiert eine „Reise durch die Einrichtungen in der Jugendhilfe“, an welcher sich interessierte Mitglieder des JHA beteiligen konnten. Eine Vor-Ort-Vorstellung hält sie für anstrengender.

**Frau Klotsch sprach an**, dass seit Monaten im JHA immer mitschwingt, dass andere Vorstellungen hinsichtlich der Arbeit der JBBZ gewollt ist. Wie ist hierzu die Abstimmung zwischen der Verwaltung und den Trägern der JBBZ gelaufen? Wie konkret sind die Vorstellungen durch das Jugendamt mit diesen Trägern gewesen?

**Herr Döle unterbreitete den Vorschlag**, erst die Vorstellung der JBBZ und dann den Bericht der Verwaltung auf die TO im Juni zu setzen.

Hierzu herrschte Einigkeit, es gab keinen Widerspruch zum Vorschlag.

**Frau Hanna Haupt sprach an**, dass im JHA Juni sich erst die JBBZ vorstellen und dann der Bericht der Verwaltung erfolgt.

**Frau Brederlow wies darauf hin**, dass vor dem Bericht der Verwaltung erst der Bericht des Kinder- und Jugendrates erfolgt.

## **zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Trömel fragte an**, ob durch die Besetzung der Stelle des Kinder- und Jugendbeauftragten durch Herrn Petrick die Streetworkstelle jetzt unbesetzt bleibt.

**Frau Brederlow verneinte dies**, die Streetworkstelle wird wieder besetzt werden.

## **zu 11 Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin